WP-01-K3-324-2

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Volker Beck (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 323 bis 325 einfügen:
Juden in Sicherheit leben können und ihre Einrichtungen geschützt werden. Antisemitische Vorfälle müssen konsequent verfolgt und dokumentiert werden. Dazu gehört es auch Gesetzeslücken zu schließen und repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen.
Die älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern. Die Benachteiligung jüdischer Einwandererinnen und Einwanderer gegenüber den eingewanderten (Spät-)Aussiedler*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wollen wir beenden.

Begründung

Zu 1. Das ist eine bisher nicht umgesetzte Forderung aus der Nationale Strategie der Bundesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben (NASAS).

Zu 2. Das greift einen Punkt aus den Wahlprogrammen 2017 und 2021 wieder auf.

weitere Antragsteller*innen

Mona Fuchs (KV München); Ursula Harper (KV München); Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Alexandra Werwath (KV Bremen-Mitte); Helga Trüpel (KV Bremen-Mitte); Lisa Badum (KV Forchheim); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Stefan Meinke (KV Köln); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Paul Meyer-Dunker (KV Berlin-Lichtenberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); David Süß (KV München); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); Marianne Knipping (KV Kassel-Stadt); Marie-Luise Thierauf (KV Berchtesgadener Land); Martin Hagen (LV Bremen); Norbert Schellberg (KV Potsdam-Mittelmark); Dietmar Strehl (KV Bremen-Nord); Max Lucks (KV Bochum); sowie 52 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.